



**MEHR  
ERFAHREN**

**ABITUR-TRAINING**

Geschichte 1

Bayern

**STARK**

# Inhalt

## Vorwort

<b>Leben in der Ständegesellschaft des 15. bis 18. Jahrhunderts .....</b>	<b>1</b>
1    Grundlegende Lebensbedingungen in der Frühen Neuzeit .....	2
1.1  Grundlinien der Bevölkerungsentwicklung (1500–1800) .....	2
1.2  Faktoren der Bevölkerungsentwicklung .....	3
2    Die Ständegesellschaft in der Frühen Neuzeit .....	6
2.1  Zusammensetzung und Entwicklung der Ständegesellschaft .....	6
2.2  Adel und Klerus .....	9
2.3  Bürgertum .....	15
2.4  Bauern .....	17
3    Die politisch-soziale Ordnung auf dem Land .....	20
3.1  Guts- und Grundherrschaft als Anker der Sozialstruktur .....	20
3.2  Lebensraum Dorf .....	23
4    Die politisch-soziale Ordnung in der Stadt .....	27
4.1  Entwicklung der bürgerlichen Stadt .....	27
4.2  Bürgerliche Oberschichten .....	30
4.3  Städtische Mittelschichten .....	31
4.4  Unterschichten .....	33
5    Vorindustrielle Arbeitswelten .....	36
5.1  Agrarische Subsistenzwirtschaft .....	36
5.2  Gewerbliche Arbeitswelten: das Handwerk .....	37
5.3  Früher Kapitalismus: das Verlagssystem .....	40
5.4  Manufakturwesen .....	41
6    Normierung und Kontrolle in der Ständegesellschaft .....	45
6.1  Haus und Familie .....	46
6.2  Obrigkeitliche Sozialfürsorge .....	47
7    Die Juden als besondere Randgruppe .....	50
7.1  Diffamierung, Diskriminierung und Verfolgung .....	50
7.2  Die Rechtsstellung der Juden .....	53
7.3  Strukturen jüdischen Lebens in der Frühen Neuzeit .....	53
7.4  Stabilisierung der Lebenssituation unter dem Vorzeichen wirtschaftlicher Nützlichkeit .....	54

<b>Leben in der entstehenden Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts .....</b>	<b>59</b>
1    Die Verringerung der äußeren Bedrohungen .....	60
2    Liberalisierung durch staatliche Reformen .....	64
2.1    Ausgangslage .....	64
2.2    Agrarreformen .....	68
2.3    Gewerbereformen .....	72
2.4    Montgelas' Reformen in Bayern .....	74
2.5    Industrialisierung in Bayern .....	75
3    Veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen .....	78
3.1    Pauperismus .....	78
3.2    Landflucht .....	80
3.3    Verstädterung .....	82
3.4    Urbanisierung: Leben in der modernen Großstadt .....	85
3.5    Proletarisierung der Arbeiter und die Soziale Frage .....	88
4    Praktische Ansätze zur Lösung der Sozialen Frage .....	92
4.1    Unternehmerische Ansätze .....	92
4.2    Kirchliche Reformansätze .....	93
4.3    Genossenschaftssystem der Raiffeisenbewegung .....	95
4.4    Organisierte Arbeiterbewegung .....	95
4.5    Bismarcks Sozialgesetzgebung .....	98
5    Lebenswelten innerhalb der Klassengesellschaft .....	101
5.1    Aufbau der Klassengesellschaft .....	101
5.2    Familiäre Lebenswelten .....	104
5.3    Infragestellung der Geschlechterrollen durch die Frauenbewegung .....	106
 <b>Die Weimarer Republik – Demokratie ohne Demokraten? .....</b>	<b>113</b>
1    Ursachen der Revolution von 1918/19 und das Ringen um eine neue Ordnung .....	114
2    Die Weimarer Reichsverfassung von 1919 .....	117
3    Der Vertrag von Versailles 1919 .....	122
3.1    Bestimmungen des Versailler Vertrags .....	122
3.2    Versailles als Diffamierungsparole .....	125
4    Segmentiertheit von Gesellschaft und Parteienlandschaft .....	127
4.1    Soziale Gruppen und ihre politischen Leitbilder .....	127
4.2    Die Parteien in der Weimarer Republik .....	128

<b>5</b>	<b>Das Problem der alten Eliten .....</b>	<b>132</b>
5.1	Die Reichswehr als „Staat im Staate“ .....	133
5.2	Rechte Justiz .....	133
5.3	Die Wahl Hindenburghs zum Reichspräsidenten 1925 als Wendepunkt der Weimarer Republik .....	136
<b>6</b>	<b>Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und ihre Folgen .....</b>	<b>138</b>
6.1	Zusammenbruch der Weltwirtschaft nach 1929 .....	138
6.2	Innenpolitische Folgen der Wirtschaftskrise .....	140
6.3	Scheitern der Republik in den Präsidialkabinetten .....	142
<b>7</b>	<b>Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik .....</b>	<b>148</b>
 <b>Hitlers willige Volksgenossen? Die Deutschen und der Holocaust .....</b>		<b>157</b>
<b>1</b>	<b>Die Beseitigung der Demokratie durch Hitler .....</b>	<b>157</b>
1.1	Die „Machtergreifung“ .....	157
1.2	Die „Gleichschaltung“ von Politik, Verwaltung und Reichswehr ....	161
<b>2</b>	<b>Die Situation der deutschen Juden vor 1933 .....</b>	<b>163</b>
<b>3</b>	<b>Antisemitismus als ideologischer Kern des Nationalsozialismus .....</b>	<b>166</b>
3.1	Rassismus als pseudowissenschaftliche Grundlage .....	166
3.2	Hitlers Antisemitismus als „politische Erlösungsreligion“ .....	167
3.3	Nationalsozialistischer und traditioneller Antisemitismus .....	168
<b>4</b>	<b>Das Konzept der „Volksgemeinschaft“ .....</b>	<b>171</b>
4.1	Lebensraumpolitik .....	171
4.2	„Volksgemeinschaft“ und „Nationaler Sozialismus“ .....	172
4.3	Radikaler Bruch mit den Werten der Aufklärung .....	172
4.4	Der Nationalsozialismus als Mythos und politische Religion .....	174
4.5	Führerprinzip .....	174
<b>5</b>	<b>Identifikationsangebot der „Volksgemeinschaft“ .....</b>	<b>176</b>
5.1	Führermythos .....	176
5.2	Nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft .....	177
5.3	Propaganda .....	179
5.4	Kulturelle „Verführung“ (NS-Kulturpolitik) .....	181
5.5	Wertekonsens zwischen Konservativen und Nationalsozialisten ....	182
5.6	Korrumpierung großer Bevölkerungsgruppen .....	183
<b>6</b>	<b>Die Politik des NS-Staats gegen die deutschen Juden .....</b>	<b>187</b>
6.1	Diskriminierung und Boykott .....	187
6.2	Entreichtung .....	188
6.3	Ausschluss aus der Gesellschaft und Enteignung („Arisierung“) .....	189
6.4	Auswanderung und Exil deutscher Juden .....	190

<b>7</b>	<b>Holocaust .....</b>	<b>192</b>
7.1	Historische Bedeutung des Holocaust .....	192
7.2	Weitere Opfergruppen .....	194
7.3	Verlauf des Holocaust .....	195
7.4	Erklärungen für den Holocaust .....	202
7.5	Tätergruppen und ihre Motive .....	204
<b>Die frühe Bundesrepublik – Erfolg der Demokratie durch „Wohlstand für alle“? .....</b>		<b>211</b>
<b>1</b>	<b>Die Erfahrung der Deutschen mit dem „Dritten Reich“ .....</b>	<b>212</b>
1.1	Entnazifizierung und Umerziehung durch die Siegermächte .....	213
1.2	„Lehren aus Weimar“: das Grundgesetz .....	214
1.3	Vergangenheitspolitik .....	217
1.4	„Wiedergutmachungspolitik“ gegenüber Israel .....	219
<b>2</b>	<b>Ost-West-Konflikt und Westintegration .....</b>	<b>220</b>
2.1	Blockbildung infolge des Ost-West-Konflikts .....	221
2.2	Westintegration der Bundesrepublik Deutschland .....	224
2.3	Rückgewinnung der staatlichen Souveränität .....	226
2.4	Wirtschaftliche Vereinigung Europas .....	229
<b>3</b>	<b>Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder .....</b>	<b>231</b>
3.1	Der politische Rahmen: die soziale Marktwirtschaft .....	232
3.2	Konkrete Ursachen des Wirtschaftswunders .....	234
3.3	Sozialpolitische Integrationsklammern .....	236
<b>4</b>	<b>Gesellschaftliche Entwicklungen in der frühen Bundesrepublik .....</b>	<b>241</b>
4.1	Integration der Vertriebenen .....	241
4.2	Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit .....	244
4.3	Verwestlichung und Amerikanisierung .....	250
4.4	Die SBZ als Feindbild und Herausforderung .....	251
<b>Die DDR – eine deutsche Alternative? .....</b>		<b>257</b>
<b>1</b>	<b>Anspruch und Wirklichkeit im „Arbeiter- und Bauernstaat“ .....</b>	<b>258</b>
1.1	Neubeginn des politischen Lebens in der SBZ .....	258
1.2	War die DDR ein demokratischer Staat? .....	260
1.3	Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR .....	262
1.4	Opposition und politische Unterdrückung in der DDR .....	263

<b>2</b>	<b>Die DDR und der Westen .....</b>	<b>267</b>
2.1	Deutschlandpolitische Standpunkte in der DDR und der Bundesrepublik bis 1969 .....	267
2.2	Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition (1969–1982) .....	271
2.3	Folgen der Neuen Ostpolitik für die DDR-Gesellschaft (1972–1989) .....	274
<b>3</b>	<b>Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR .....</b>	<b>278</b>
3.1	Sozialpolitische Maßnahmen .....	278
3.2	Probleme der Wirtschaftspolitik .....	279
3.3	Folgen der Wirtschafts- und Sozialpolitik .....	281
<b>4</b>	<b>Grundgesetz oder „Dritter Weg“?</b>	
	Konzepte für die Umwandlung der DDR in eine Demokratie .....	284
4.1	„Dritter Weg“ und „Runder Tisch“ .....	284
4.2	Verfassungsrechtliche Vorstellungen zur Wiedervereinigung .....	286
<b>5</b>	<b>Problematik der Geschichtserinnerung an die DDR .....</b>	<b>288</b>
5.1	Unterschiedliche individuelle Sichtweisen in Ost und West .....	288
5.2	Offizielle Geschichtserinnerung an die DDR .....	290
<b>Lösungen .....</b>		<b>295</b>
Stichwortverzeichnis .....		319
Bildnachweis .....		325

**Autor:** Dr. Johannes Werner

### Hinweise zum ActiveBook

Zu diesem Band stehen Ihnen digitale Ergänzungen zur Verfügung: Vorne im Umschlag des Buches finden Sie einen **Code**, mit dem Sie sich die digitalen Inhalte auf Ihren PC/Ihr Tablet laden können.

Das **ActiveBook** bietet Ihnen:



**Digitale Flashcards** zu den Großkapiteln. Die Lernkarten erleichtern Ihnen das rasche Wiederholen zentraler Lerninhalte.



Ein **digitales Glossar** zum schnellen Nachschlagen der wichtigsten Fachbegriffe.



**Aufgaben im Stil des schriftlichen Abiturs** mit ausführlichen Lösungen im pdf-Format.

# Vorwort

Liebe Schülerinnen und Schüler,

dieses Abitur-Training enthält eine klar strukturierte Zusammenfassung aller lehrplanrelevanten Inhalte des **Geschichtsunterrichts der 11. Jahrgangsstufe**. Mit diesem Buch können Sie sich gezielt und effektiv auf den Unterricht, auf Klausuren und vor allem auf die Abiturprüfung vorbereiten.

Anhand zahlreicher **Schaubilder, Tabellen, Karten und Abbildungen** wird das komplette prüfungsrelevante Wissen nachvollziehbar dargestellt und anschaulich erklärt. Farbig hinterlegte **Grundwissens- und Infokästen** bereiten unverzichtbare Fakten und Zusammenhänge strukturiert auf.

Mithilfe abwechslungsreicher **Übungsaufgaben** im Anschluss an die Teilkapitel können Sie das erworbene Wissen selbstständig anwenden und überprüfen. Der umfassende **Lösungsteil** am Ende des Bandes erlaubt die Kontrolle Ihres Lernerfolgs. Ein **Stichwortverzeichnis** ermöglicht Ihnen einen schnellen Überblick und den sicheren Zugriff auf relevante Informationen.

Über den **Online-Code** erhalten Sie außerdem Zugang zu **digitalen Ergänzungen** dieses Trainingsbuchs:

- Um zu testen, ob Sie wichtige Fachbegriffe beherrschen, nutzen Sie die **Flashcards**. Ein Mausklick genügt und Sie können Ihr Wissen schnell überprüfen bzw. Wissenslücken erkennen.
- Das **Glossar** bietet die Möglichkeit, ganz einfach per Mausklick Fachbegriffe nachzuschlagen bzw. bestehende Wissenslücken zu schließen.
- Zum intensiven und vertieften Üben stehen Ihnen **Aufgaben im Stil des schriftlichen Abiturs** im pdf-Format zur Verfügung.



Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesem Buch!

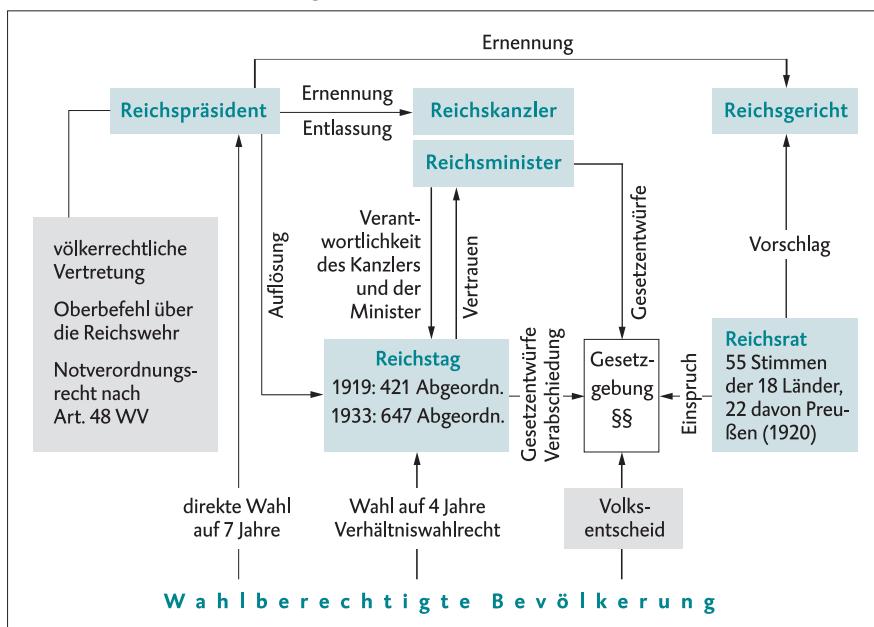
Dr. Johannes Werner



## 2 Die Weimarer Reichsverfassung von 1919

Die verfassunggebende Nationalversammlung trat am 6. Februar 1919 in Weimar zusammen. Sie wählte den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum ersten **Reichspräsidenten** und erarbeitete nach einem Entwurf des liberalen Staatsrechtlers Hugo Preuß die neue Verfassung. Diese trat am 11. August 1919 in Kraft. Sie war die **erste demokratische Verfassung Deutschlands** und stand in der Tradition des gescheiterten Verfassungsentwurfs der Paulskirchenversammlung von 1849. Das bis heute geltende Grundgesetz der Bundesrepublik wurde 1948/49 als direkte Lehre aus den Schwächen der Weimarer Verfassung entworfen, ist also stark von ihr beeinflusst.

### Die Weimarer Reichsverfassung im Überblick



### Zentralismus und Föderalismus

Die Nationalversammlung einigte sich auf einen **bundesstaatlichen Charakter** des Reichs: Aus den deutschen Staaten wurden gemäß Artikel 2 der Weimarer Reichsverfassung **deutsche Länder**. Der Bundesrat als die entsprechende Institution des Kaiserreiches wurde als **Reichsrat** beibehalten und wie bisher mit weisungsgebundenen Vertretern der Landesregierungen besetzt. Er verlor aber seinen Rang als oberstes Reichsorgan und war eher auf eine beratende Mitwirkung bei der Gesetzgebung beschränkt.

Der Reichsrat besaß zwar ein **suspensives (aufschiebendes) Vetorecht**, aber dieses konnte im Reichstag mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden. Entsprechend brach nun Reichsrecht Landesrecht. Um dem Überge wicht Preußens entgegenzuwirken, wurden die Stimmen Preußens im Reichsrat mit einer komplizierten Regelung deutlich verringert.

### **Wahlsystem und plebiszitäre Elemente**

Anders als im Kaiserreich besaß der vom Volk gewählte **Reichstag als zentrale legislative Kraft** einen großen Stellenwert. Er wurde für jeweils 4 Jahre durch allgemeines, gleiches, unmittelbares und geheimes Wahlrecht von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der **absoluten Verhältniswahl** gewählt: Die Sitze wurden strikt nach dem prozentualen Stimmenanteil der Parteien vergeben. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte durften jetzt auch **Frauen** wählen.

Zu den Aufgaben des Reichstags gehörten

- die Gesetzgebung,
- das Haushaltsrecht (Budgetrecht),
- die Kontrolle der Reichsregierung (einfaches Misstrauensvotum, Artikel 54),
- die Bestätigung des Reichskanzlers und der Reichsminister,
- die Ratifizierung von Staatsverträgen,
- die Bestätigung von Notverordnungen gemäß Artikel 48.

Folgende Elemente der Verfassung führten zu einer **Schwächung des Parlaments:**

- Das **Fehlen einer Prozenthürde** für Kleinparteien im Wahlrecht. Die Folgen waren die Zersplitterung des Reichstags und die strukturelle Instabilität der politischen Praxis, sichtbar an häufig wechselnden Koalitionen und Regierungen. Sie beeinträchtigten die Glaubwürdigkeit des demokratischen Systems bei der Bevölkerung.
- Auch **fehlte** der Weimarer Republik ein **verfassungsrechtlicher Schutz gegen antide mokratische Parteien**, wie er im Grundgesetz verankert ist; so legten nach 1930 die Rechts- und Linksextremen das Parlament praktisch lahm, weil antide mokratische Parteien nicht verboten werden konnten. Das uneingeschränkt demokratische Prinzip führte in dem Moment zur Krise der Demokratie, als die parlamentarische Mehrheit von Parteien gebildet wurde, die das demokratische System ablehnten (NSDAP, KPD seit 1930).
- Das starke plebiszitäre Element, d. h. die Möglichkeit, wichtige politische Entscheidungen durch eine **Volksabstimmung** herbeizuführen, schwächte die Stellung des Reichstags zusätzlich.

## Der Reichspräsident

Die Reichsverfassung räumte dem Reichspräsidenten eine dominierende Stellung ein, sodass man von ihm als von einer Art „**Ersatzkaiser**“ sprechen kann. Die Direktwahl durch die wahlberechtigten Bürger (**plebisitäre Stellung**) und die lange Amtszeit von 7 Jahren hoben ihn über die Parteien. Als „personale Reichsspitze“ sollte er eine neutrale, über den Parteidifferenzen stehende Institution sein („**Hüter der Verfassung**“).

Die **weitreichenden Befugnisse** des Reichspräsidenten waren:

- die völkerrechtliche Vertretung des Reichs,
- der Oberbefehl über die Reichswehr,
- die Ernennung der Beamten und Offiziere,
- das Begnadigungsrecht und
- die Ernennung des Reichskanzlers und auf dessen Vorschlag der Reichsminister (Artikel 53). Die Reichsregierung war zwar zu ihrer Amtsführung an das Vertrauen des Reichstages gebunden, aber die Initiative zur Ernennung des Reichskanzlers lag allein beim Reichspräsidenten und nicht beim Reichstag, der auch keine Vorschläge unterbreiten durfte.
- Der in der Endphase der Republik bedeutsame **Artikel 48** der Verfassung regelte ein **Notverordnungsrecht**, das dem Reichspräsidenten erlaubte, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Notverordnungen über den Reichstag hinweg durchzusetzen, gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln (**Diktaturgewalt**). In solchen Fällen durfte er auch die Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Nach Artikel 48 konnte der Reichspräsident ferner mithilfe der Reichswehr gegen ein Bundesland vorgehen, das seinen Pflichten gemäß der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen nicht nachkam (**Reichsexekution**). Der Reichstag konnte allerdings gegen solche Maßnahmen sein Veto einlegen und sie damit rückgängig machen.
- **Artikel 25** bestimmte das Recht des Präsidenten, den **Reichstag aufzulösen**. Dadurch konnte Artikel 48 leicht zum Instrument einer präsidialen Alleinregierung werden, wenn der Präsident auf ein Veto des Reichstags gegen eine Notverordnung mit der Auflösung des Reichstags reagierte. Dann lag die gesamte Macht bis zu Neuwahlen (nach der Verfassung innerhalb von 60 Tagen) direkt in der Hand des Reichspräsidenten. Die **Präsidialkabinette** nach 1930 funktionierten nach diesem System.

### Die Reichsregierung

Die Regierung hatte eine **schwache Position**, da sie einerseits vom Reichstag mit einfacher Mehrheit und **destruktivem Misstrauensvotum** gestürzt werden konnte, andererseits vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig war und allein von ihm ernannt wurde (**doppelte Abhängigkeit**).

Der Reichskanzler bestimmte die Richtlinien der Politik und schlug dem Reichspräsidenten die Minister zur Ernennung vor. **Reichskanzler und Reichsminister** brauchten jedoch zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags. Ein Misstrauensvotum gegen den Kanzler hatte den Sturz der gesamten Regierung zur Folge.

Das Grundgesetz ersetzte nach den Erfahrungen mit der Weimarer Demokratie das „destruktive“ durch ein „konstruktives Misstrauensvotum“, wonach der Bundeskanzler nur bei gleichzeitiger Wahl eines Nachfolgers gestürzt werden kann. Auf diese Weise besteht stets eine parlamentarisch legitimierte Regierung.

### Grundrechte und Grundpflichten

Die Weimarer Nationalversammlung griff auf die **liberalen Grundrechte** zurück, wie sie schon in der Verfassung von 1849 enthalten waren: Die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Freiheit der Person, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht der freien Religionsausübung, das Petitionsrecht, die Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Briefgeheimisses wurden hier garantiert.

Ferner stellte die Verfassung die Familie, Vereine, Gemeinden und das Berufsbeamtentum unter den besonderen Schutz des Staates. Diesen Grundrechten standen aber Grundpflichten gegenüber, vor allem der **Wehrdienst**, der allerdings den Bestimmungen des Versailler Vertrags widersprach und bis 1935 nicht eingefordert wurde. Die **Grundrechte** waren mehr Programm als geltendes Recht, ihre Einhaltung war **nicht einklagbar**. Im Grundgesetz sind heute dagegen die Grundrechte positives, also unmittelbares Recht und schützen die Bürger konkret vor staatlicher Willkür.

## Demokratische Errungenschaften in der Weimarer Verfassung

Elemente der direkten, plebiszitären Demokratie	Elemente der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie	Elemente der präsidialen Demokratie
<p><b>Art. 22:</b> Verhältniswahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahren</p> <p><b>Art. 41:</b> Wahl des Reichspräsidenten auf 7 Jahre direkt durch das Volk</p> <p><b>Art. 73:</b> Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid</p> <p><b>Art. 74:</b> Staatsbürger als Schiedsrichter bei Konflikt zwischen Reichstag und Reichsrat</p>	<p><b>Art. 21:</b> Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes und nur ihrem Gewissen unterworfen</p> <p><b>Art. 22:</b> demokratische Wahl des Reichstags</p> <p><b>Art. 54:</b> Reichskanzler und jeder einzelne Minister bedürfen des Vertrauens des Reichstags („destruktives Misstrauensvotum“)</p> <p><b>Art. 25:</b> Periodizität von Neuwahlen spätestens 60 Tage nach RT-Auflösung</p> <p><b>Art. 48:</b> Recht des Reichstags, Notverordnungen außer Kraft zu setzen</p> <p><b>Art. 68:</b> Gesetzgebungsrecht</p>	<p><b>Art. 25:</b> Recht des RP zur Auflösung des Reichstags</p> <p><b>Art. 41:</b> direkte Wahl des RP durch das Volk auf 7 Jahre → plebiszitäre, überparteiliche Stellung</p> <p><b>Art. 47:</b> RP ist Oberbefehlshaber der Reichswehr</p> <p><b>Art. 48:</b> RP hat das Notverordnungsrecht, kann die Grundrechte einschränken oder aufheben, die Reichsexekution durchführen</p> <p><b>Art. 53:</b> RP ernennt und entlässt den Reichskanzler und die Reichsminister</p> <p><b>Art. 73:</b> RP kann Volksentscheid herbeiführen</p>
<p>Kombination von demokratischen Befugnissen (Wahl, Legislative, Schiedsrichterrolle)</p> <p>→ Begrenzung des parlamentarischen Systems</p>	<p>Befugnisse des Reichstags (Kontrollrecht, Misstrauensvotum, Gesetzgebung)</p> <p>→ Beschränkung der Macht der Exekutive</p>	<p>Kumulierung von Kompetenzen; die Kombination der Art. 25, 48 und 53 ermöglicht es, den Reichstag auszuschalten</p> <p>→ „Ersatzkaiser“</p>

## Aufgabe

- 25 Stellen Sie die wichtigsten Merkmale der Weimarer Verfassung und ihre negativen Folgen dar.



## Die Weimarer Republik – Demokratie ohne Demokraten?

	Merkmale der Verfassung von 1919	negative Folgen
25	<ul style="list-style-type: none"> <li>zentralistischer, bundesstaatlicher Charakter, Reichsrat (Vertretung der Länder) kann vom Reichstag überstimmt werden</li> <li>demokratisch gewählter Reichstag als Legislative; Schwächung durch absolutes Verhältniswahlrecht, Fehlen einer Prozenthürde, Fehlen von verfassungsrechtlichem Schutz gegen Demokratiefeinde, Plebiszite</li> <li>relativ schwache Stellung des Parlaments (keine Wahl der Reichsregierung; Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten)</li> <li>starke Stellung des Reichspräsidenten als „Ersatzkaiser“ (direkte Wahl durch das Volk auf 7 Jahre; Berufung und Entlassung der Reichsregierung; Notverordnungsrecht der Art. 48 und 25)</li> <li>doppelt abhängige, schwache Reichsregierung (destruktives Misstrauensvotum, Vertrauen des Reichspräsidenten)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bedeutungsverlust der ehemals selbstständigen deutschen Staaten</li> <li>Zersplitterung des Parteiensystems und der Machtverteilung im Reichstag</li> <li>schwierige Koalitionsbildung</li> <li>fehlender Schutz gegen Radikale</li> <li>Zusammenbruch der parlamentarischen Willensbildung in der Krise nach 1930</li> <li>fehlende Motivation zur Zusammenarbeit und Koalitionsbildung</li> <li>strukturelle Machtlosigkeit des Parlaments in der Phase der Präsidialkabinette</li> <li>Ermöglichung der Präsidialkabinette nach 1930</li> <li>Hauptgrund für die Zerstörung der Republik unter Hindenburg nach 1930</li> <li>sehr häufige Regierungswechsel und ständige Neuwahlen</li> <li>Verstärkung von antidemokratischen Einstellungen</li> </ul>

### 26 Folgen des Versailler Vertrags für Deutschland:

- Gebiets- und Bevölkerungsverluste: Elsass-Lothringen an Frankreich; Posen, Westpreußen, Teile Ostpreußens an Polen; Verlust sämtlicher Kolonien; Deutschland verlor ein Siebtel seines Gebietes, ein Zehntel seiner Bevölkerung und bis zu einem Drittel seiner Rohstoffvorkommen (Erz, Kohle)
- schwere wirtschaftliche Belastungen durch die Reparationen (Entschädigungsleistungen) an die ehemaligen Kriegsgegner
- Entmilitarisierung und Begrenzung des militärischen Potenzials: Verzicht auf eine Flotte, Luftwaffe, schwere Waffen; Reduzierung der Reichswehr auf 100 000 Mann
- kollektive mentale Belastung durch die zugesprochene, aber zurückgewiesene Kriegsschuld (Art. 231); deshalb „Diktat von Versailles“ als bedeutender Angriffspunkt der Rechten gegen die demokratischen Regierungen („Erfüllungspolitiker“); fatale Wirkung der „Kriegsunschuldlegende“ und der „Dolchstoßlegende“ der Rechten auf große Teile der Bevölkerung



© STARK Verlag

[www.stark-verlag.de](http://www.stark-verlag.de)  
[info@stark-verlag.de](mailto:info@stark-verlag.de)

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH  
ist urheberrechtlich international geschützt.  
Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung  
des Rechteinhabers in irgendeiner Form  
verwertet werden.

**STARK**